



Annette Widmann-Mauz
Mitglied des Deutschen Bundestages
Parlamentarische Staatssekretärin

Pressemitteilung

Widmann-Mauz MdB: „Auch in schwierigsten Zeiten stehen die Union und Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel gemeinsam zu ihrer Verantwortung für Deutschland“

Berlin, den 20. November 2017
Anhang:

Annette Widmann-Mauz MdB
Platz der Republik 1
Telefon: +49 30 227 77217
Fax: +49 30 227 76749
annette.widmann-mauz@bundestag.de

Bürgerbüro
Am Stadtgraben 21
72070 Tübingen
Telefon: +49 7071-32314
Fax: +49 7071-33314
annette.widmann-mauz@wk.bundestag.de

Wahlkreisabgeordnete Tübingen

Nachdem die Sondierungsgespräche für eine Jamaika-Koalition im Bund in der Nacht von Sonntag zu Montag durch die FDP beendet wurden, erklärt die Bundestagsabgeordnete und Parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB:

„Wie viele andere Menschen in diesem Land bin ich vom abrupten Ende der Sondierungen für eine Jamaika-Koalition aus CDU/CSU, FDP und Grünen sehr enttäuscht. Ich bedaure außerordentlich, dass die FDP einseitig den Tisch verlassen und Deutschland damit in eine politisch unsichere Lage gebracht hat, die auch im Ausland mit Sorge verfolgt wird.

Zweifellos standen alle Parteien vor der schwierigen Herausforderung, erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik eine Koalition aus vier verschiedenen politischen Parteien auszuloten. Für einen Erfolg dieser außergewöhnlichen Konstellation brauchte es von allen Seiten das notwendige Verantwortungsbewusstsein, viel Geduld und echte Kompromissbereitschaft, um aus dem Wählervotum eine stabile Regierung zu bilden. Umso enttäuschender ist der Ausstieg der Liberalen, obwohl die Verhandlungen bei den schwierigsten Themen kurz vor dem Durchbruch standen und eine Einigung greifbar war. Ich bedaure diese Entwicklung umso mehr, weil eine Jamaika-Koalition wichtige Impulse hätte setzen können, um das Land weiter voranzubringen. So bestand der feste Konsens, kleine und mittlere Einkommen deutlich zu entlasten und ein starkes Familienpaket aus höherem Kindergeld, Kinderzuschlag und Steuerfreibeträgen zu schnüren. Unbestritten war auch die massive Stärkung der Pflege in den Krankenhäusern sowie in der stationären und ambulanten Altenpflege sowie Milliardeninvestitionen in die Digitalisierung und Bildung. Dass die zügige Umsetzung dieser dringenden Maßnahmen nun wieder in die Ferne gerückt ist, ärgert mich besonders.



Ein tragfähiger und für die Union vertretbarer Kompromiss hat sich zuletzt auch bei der Steuerung der Flüchtlingspolitik abgezeichnet, in dem ein jährlicher Orientierungsrahmen von 200.000 Zuwanderern sowie die Einstufung von drei Maghreb-Staaten zu sicheren Herkunftsländern möglich gewesen wären.

Jetzt gilt es vor allem, nach vorne zu blicken und dafür zu sorgen, dass Deutschland ein stabiles und handlungsfähiges Land in Europa bleibt. Auch in schwierigsten Zeiten stehen die Union und Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel gemeinsam zu ihrer Verantwortung für Deutschland.

Dem Bundespräsidenten kommt jetzt eine bedeutende Rolle im weiteren Verfahren zu, die Weichen für eine Regierungsbildung zu stellen. Seine Ankündigung, mit allen Sondierungsparteien und darüber hinaus im Bundestag in Frage kommenden Fraktionen Gespräche zu führen sowie seine Mahnung an die staatspolitische Verantwortung aller Beteiligten über das parteipolitische Eigeninteresse hinaus begrüße ich außerordentlich. Von der geschäftsführenden Regierungspartei SPD erwarte ich jetzt mehr als reflexhafte Flucht vor Verantwortung.“